

Gesundheit für Senioren – das neue schwarz-rote Gesetz wird die Versorgung nicht stärken, sondern schwächen

Zentrale Aufgabe der Gesundheitspolitik ist es, eine hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu sichern. Gerade ältere Menschen sind darauf angewiesen, dass niedergelassene Ärzte, und zwar sowohl Haus- als auch Fachärzte, wohnortnah erreichbar sind. Sie haben vielfach zu ihrem Hausarzt ein besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut und sie sind häufiger nicht so mobil, um längere Wege bei schlechter ÖPNV-Anbindung zurückzulegen.

In Folge der demografischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts wird aber die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen deutlich steigen. Untersuchungen weisen z. B. darauf hin, dass sich die Zahl der an Demenz erkrankten Patienten in den kommenden 40 Jahren verdoppeln wird. Vor diesem Hintergrund lässt sich ein stetig wachsender Bedarf sowohl an Ärzten als auch an Pflegekräften erwarten.

Viele derzeit tätige Ärzte werden in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus ihrer Praxis ausscheiden. Ein Viertel bis ein Drittel der Hausärzte in den Bereichen Nordrhein bzw. Westfalen-Lippe ist bereits älter als 60 Jahre.

Der zunehmende Anteil der Frauen im ärztlichen Beruf hat zur Folge, dass zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker Teilzeitmodelle gefragt sein werden anstelle eines rund um die Uhr verfügbaren Hausarztes. Das Berufsbild des niedergelassenen Hausarztes hat insgesamt stark an Attraktivität verloren, zusätzlicher bürokrati-



Susanne Schneider MdL

tischer Aufwand steigert noch die Arbeitsbelastung. Inzwischen entscheidet sich gut ein Viertel der examinierten Ärzte gegen eine Tätigkeit in der medizinischen Versorgung. Andere Beschäftigungsfelder oder ein Wechsel ins Ausland gelten als lukrativer und weniger belastend.

Die FDP will am freien Arztberuf und der Versorgung durch niedergelassene Hausärzte festhalten. Wir brauchen flexible Maßnahmen und kreative Ideen, um mehr junge Menschen zum Arztberuf zu bringen, um Auswahlverfahren und Gestaltung des Medizinstudiums stärker auf die Allgemeinmedizin auszurichten und um die Attraktivität der Niederlassung in strukturschwachen ländlichen und städtischen Regionen zu steigern. Das so genannte Versorgungsstärkungsgesetz der schwarz-roten Bundesregierung wird aber dem Ärztemangel nicht abhelfen, son-

dern zu erheblichen Problemen führen und letztlich die medizinische Versorgung schwächen.

Da die gesetzliche Vorgabe zum Abbau von Überversorgung bei einer Quote von 110 Prozent von der bisherigen „Kann“- in eine verbindliche „Soll“-Regelung überführt werden soll, müssten allein in NRW mehrere Tausend Sitze von Arztpraxen aufgekauft und geschlossen werden. Viele Planungsbereiche würden demnach grundsätzlich als überversorgt gelten, obwohl wir bereits heute innerhalb der Bereiche Ungleichgewichte in der Verteilung von Arztpraxen und schlechter versorgte Stadtteile und Gemeinden verzeichnen können. Längere Wege bis zum nächsten Arzt und mehr Wartezeit werden so zu Konsequenzen einer verfehlten Politik. Auch die geplanten Servicestellen der Kassenärztlichen Vereinigung, die einen Termin beim Facharzt ermöglichen sollen, muss man kritisch sehen. Denn die Patienten bekommen den Termin nicht z. B. beim Orthopäden Ihrer Wahl, sondern bekommen einen Termin in einer orthopädischen Praxis zuteil. Anstatt Möglichkeiten für eine flexiblere Bedarfsplanung zu nutzen, wie sie von der letzten Bundesregierung unter FDP-Federführung vorgesehen wurden, geht es Schwarz-Rot jetzt nur noch um Zwangsmaßnahmen. Die freie Arztwahl und eine gute Versorgung gerade auch für ältere Menschen bleiben dabei auf der Strecke.

Susanne Schneider MdL
FDP-Landtagsfraktion NRW
*Sprecherin für Gesundheit
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation*

Hamburgwahl – Einzelereignis oder Wende?

Wer vor einem Jahr darüber spekulierte, ob die FDP es in Hamburg schaffen würde, fand nur wenig Anlass, optimistisch für die Elbliberalen zu sein. Umfragen zwischen zwei und drei Prozent, Zickenkrieg zwischen Suding und Canel, Partei-spaltung und dazu gleichzeitig die nicht gerade ermunternde Situation der Bundespartei.



Katja Suding

Am Abend des 15. Februar war die Freude dann groß. Nicht nur Wiedereinzug in die Bürgerschaft, sondern mit 7,4% sogar 0,7% mehr als vorher. Und dabei hatten die Umfragen im Dezember noch Schlimmes vermuten lassen. Infratest dimap ermittelte am 11.12.2014 noch 2%. Am 14.1.2015 waren es dann schon 4% und am 29.1.2015 gelang der Sprung dann über die 5%. Wie konnte das passieren? Im Rückblick waren es wohl mehrere Tatsachen, die das Wunder von Hamburg ermöglichten.

Einmal die Rede von Christian Lindner auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart am 6.1.2015, die verbunden mit dem neuen Logo der Partei und den von vielen zunächst belächelten Magentastreifen, bundesweite Aufmerksamkeit erreichte. Und dann die Spitzenkandidatin in Hamburg, Katja Suding, die in der Lage war, den neuen farblichen Auftritt in ein attraktives, jugendlich frisches Angebot für Hamburger

Wähler zu packen. Da wurden Bilder und Auftritte produziert, wie zum Beispiel der Auftritt von Katja Suding mit Lenke Steiner, der Bremer Spitzenkandidatin und der FDP Generalsekretärin Nicola Beer, um die sich die Medien nur so rissen. Das ganze vermittelte eine Fröhlichkeit, die man bei anderen Auftritten der FDP vermisst hatte. „Wir sind dann mal weg“ oder „Keine Sau braucht die FDP“ waren die Gruselkampagnen, die dann auch zu dem erwarteten Misserfolg führten. „Hamburg gibt die Richtung vor.“ war dagegen das optimistische Programm der FDP, das in Kombination mit den professionell gestalteten PR-Maßnahmen zum Erfolg führte. Dass die Hanseaten so schnell auf dieses neue Produkt aufsprangen, hat viele Leute – mich eingeschlossen – verblüfft.

Natürlich kommen jetzt die Oberbedenkenträger wieder zum Vorschein, die einen Mangel an Programmatik erkannt haben. Das ist aber nicht wahr. Der Zugang zu den Programmen war jederzeit gewährleistet, die Slogans auf den Plakaten zeigten nicht nur fröhliche Personen, sondern waren auf Hamburg zugeschnittene klare Forderungen. Dennoch sollten wir nicht vergessen, dass wir es in Hamburg mit einem Großstadtwahlkampf zu tun hatten. Das hatte die CDU bei ihrer Kampagne wohl vergessen. In Großstädten braucht es andere Elemente als in Flächenländern. Deswegen ist eine Übertragung des Hamburger Wahlkampfes auf Baden-Württemberg und NRW nicht ohne weiteres möglich. Auf Bremen vielleicht, aber auch nur mit Einschränkungen. Deswegen ist Hamburg zurzeit noch ein Einzelergebnis. Aber der Grundsatz des neuen Leitbildes der Freien Demokraten mit den Attributen mutig, optimistisch, weltoffen, empathisch und lösungsorientiert hat sich in diesem Wahlkampf bewährt.

Peter Schröder

Kinder haben ein Recht auf Umgang mit ihren Großeltern

Die Liberalen Senioren haben im Sprachrohr und bei Veranstaltungen des Öfteren auf die Not und den Kummer von Kindern und Großeltern hingewiesen, die durch Streitigkeiten der Eltern keinen Umgang miteinander haben (dürfen). In der vorigen Wahlperiode hatte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unter der Leitung der FDP Abgeordneten Nicole Bracht-Bendt nach Expertenanhörungen festgestellt, dass es eine Diskrepanz zwischen dem vom Gesetzgeber gewollten Großeltern-Umgangsrecht (§ 1685 BGB) und der Anwendung in der Praxis gibt.

Die Kommission hatte ferner eine bessere Ausbildung der Familienrichter und Familienrichterinnen gefordert. In familiengerichtlichen Streitigkeiten wird der wünschenswerte und positive Kontakt zu den Großeltern sehr oft durch den Begriff der Kindeswohl dienlichkeit unterbunden. Wenn gerichtlich festgestellt wird, dass der Umgang mit den Großeltern nicht im Interesse des Kindes liegt, wird den Großeltern kaum ein Umgangsrecht zugesprochen, manchmal wird der Kontakt sogar verboten.

In anderen EU-Staaten, u.a. in Frankreich und Belgien, wurde inzwischen die Beweislast umgekehrt, d.h. Mutter oder Vater müssen – anders als in Deutschland – beweisen, dass der Umgang mit den Großeltern nicht dem Kindeswohl dient. Es heißt, dass den Kindeseltern Sanktionen drohen, wenn sie das Umgangsrecht der Großeltern behindern oder verhindern.

Das alles klingt sehr kompliziert und juristisch, aber es geht um das Glück und die Gesundheit von vielen Trennungskindern und ihren ‚abgetrennten‘ Großeltern. Für die geistige und seelische Entwicklung von Kindern ist es sicher bedeutsam, zu vielen Familienmitgliedern Kontakt zu haben, ohne die vorrangigen Rechte und Pflichten der Eltern einzuschränken.

Rheinild Sachtleben

Reform der Eingliederungshilfe nach Art der Großen Koalition - Ein wirklicher Fortschritt???

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auf eine Reform der Eingliederungshilfe ab dem Jahr 2016 verständigt. Ziel soll es sein, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe herausgelöst werden und diesem Personenkreis mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zuteil wird. Doch bis heute wird hinter verschlossenen Türen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung in diversen Expertengruppen beraten, ohne das bis zum heutigen Tag Ergebnisse zu hören sind. Dabei sind die Kritik von Betroffenenverbänden den Fachpolitikern der Großen Koalition bekannt:

- Ein klares Bekenntnis zur einkommens- und vermögensunabhängigen Gewährung von echten Nachteilsausgleichen.

- Fehlen von Überlegungen zu unabhängigen Beratungsstellen für potenzielle Antragssteller/-innen im Vorfeld des Gesamtplanverfahrens.

- Die einseitige Sicht auf Vorschläge zur Entlastung der Kommunen und Länder, nicht aber ein wirklicher Mehrwert für die Betroffenen im Sinne der UN-Behindertenrechtskoalition.

Wie sehen die liberalen Antworten für eine Reform der Eingliederungshilfe aus?

Die FDP will die Leistungen für Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe herauslösen und in einem Bundesteilhabegesetz neu regeln. Dies, um die Kommunen und Ländern zu entlasten. Bei einer Reform der Eingliederungshilfe sollte aber nicht nur der finanzielle, sondern auch der soziale Aspekt gesehen werden. Und gerade bei Letzterem sollten wir Liberale Senioren die „Mutterpartei FDP“ dahingehend sensibilisieren, in dem wir deutlich machen, dass es bei dieser nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für unsere Gesellschaft so wichtige Reform in erster

Linie um Menschen geht. Und um die Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention unsere Gesellschaft inklusiv zu gestalten.

Wir als Liberale Senioren sollten uns für ein Verfahren der Bedarfsermittlung einsetzen. Derzeit gibt 160 verschiedene Verfahren. Auch ein einheitlicher Behinderungsbegriff ist nötig, denn derzeit wird dieser vielschichtig interpretiert. Wir brauchen einen federführenden Leistungsträger, statt viele, die über die/ den Betroffene(n) sprechen, als wirklich mit Ihr/ ihm.

Auch sollten wir Liberale Senioren die „Mutterpartei FDP“ dahingehend vor sich her zutreiben, wenn es um Inklusion und damit einer fairen Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der eigenen Partei geht. Denn da besteht noch erheblicher Nachholbedarf.

Die Reform der Eingliederungshilfe wird viel Geld kosten. Doch wir als Gesellschaft werden vom Miteinander von Menschen mit Behinderungen und Nichtbehinderten in jeder Hinsicht profitieren.

Dirk-Heinrich Heuer

Der Autor ist für die Liberalen Senioren im BFA Arbeit und Soziales und ist dort stellvertretender Vorsitzender.

Schnell außer Atem?

Achtung: Häufig ist das Herz schuld

Wer beim Treppensteigen bereits nach wenigen Stufen deutlich verstärkt atmen muss, sollte dies auf keinen Fall verharmlosen. Nicht selten steckt eine unerkannte oder unzureichend behandelte Herzkrankheit dahinter, die lebensgefährliche Auswirkungen haben kann. Das Gute ist, dass sich bei einer solchen Herzkrankheit oft schon mit wenigen Maßnahmen enorme Verbesserungen erreichen lassen, wie

die **Deutsche Herzstiftung** ausdrücklich betont.

Atemnot ist in vielen Situationen eine normale Körperreaktion (z. B. nach einem schnellen Sprint beim Sport); wenn sie allerdings bei leichten Belastungen auftritt wie etwa bei Spaziergängen, bei mäßiger Gartenarbeit oder wenn man beim Treppensteigen noch nicht einmal zwei oder sogar nur ein Stockwerk hinter sich hat, sollte man das nicht unbedacht aufs Alter schieben. Viele Menschen denken bei Atemnot eher an Lungenprobleme wie Asthma oder eine Schädigung der Atemwege durch jahrelanges Rauchen. Es ist vielen nicht bekannt, dass auch Erkrankungen des Herzens zu den häufigsten Ursachen einer gesteigerten Atmung gehören. Oft steckt z. B. eine unerkannte Herzschwäche dahinter – eine Erkrankung, von der allein in Deutschland nach derzeitigen Schätzungen über zwei Millionen Menschen betroffen sind. Wer von verstärkter Atemnot betroffen ist, sollte dies unter keinen Umständen verharmlosen, sondern unbedingt mit seinem Hausarzt bzw. der Hausärztin ansprechen, damit die richtigen Maßnahmen eingeleitet werden können.

Wenn eine Herzkrankheit korrekt nach neuesten medizinischen Erkenntnissen behandelt wird, lässt sich in vielen Fällen eine gefährliche Verschlechterung verhindern. Bei der Deutschen Herzstiftung kann umfangreiches Informationsmaterial abgerufen werden.



Mehr Infos unter www.herzstiftung.de/atemnot-schnell-ausser-atem.html

Nicht verpassen: den kostenfreien Herzstiftungs-Newsletter unter www.herzstiftung.de/newsletter
Quelle: Deutsche Herzstiftung e. V.

Hans-Jürgen Allendörfer Die Stimme für die Senioren im Kreis Unna



Die Kreissenorenkonferenz soll einen kreisweiten Informations- und Erfahrungsaustausch sichern, aber auch der Weiterbildung und der kulturellen Unterhaltung älterer Menschen dienen. Seit 2012 ist sie sogar Vollmitglied in der Landes-seniorenvertretung NRW. An der Spitze steht ein Schwerter: Hans-Jürgen Allendörfer, 74 Jahre alt und mit allen politischen Wassern gewaschen. Zuletzt hat er Ratsarbeit für die FDP in Schwerte geleistet. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der Liberalen Senioren NRW und ist Vorstandsmitglied und Schatzmeister.

**Alt werden will will jeder,
älter werden niemand.**

Deutsches Sprichwort

Termine Termine Termine

18.04.2015 Siegburg
Landesparteitag FDP

16./17.05.2015 Berlin
Bundesparteitag FDP

3.-7.06.2015 Stuttgart
Deutscher Evangelischer Kirchentag

2.-4.07.2015 Frankfurt/M.
11. Deutscher Seniorentag

Schuldenfrei im Alter

Viele Menschen geraten unverschuldet in finanzielle Not, entweder weil sich ihr Einkommen verringert oder weil unerwartete Kosten auf sie zukommen. Gerade älteren Menschen fällt es häufig schwer, sich dann professionelle Hilfe, z.B. in einer Schuldnerberatung zu holen.

Vor diesem Hintergrund ist eine neue Broschüre ‚Schuldenfrei im Alter‘ entstanden, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) in Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland und Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben wird.

Auf 92 Seiten enthält die Broschüre zahlreiche Hinweise, wie man sich auf mögliche finanzielle Veränderungen z.B. bei Eintritt ins Rentenalter, vorbereiten kann. Außerdem enthält sie Informationen zu möglichem Zuverdienst und staatlichen Hilfen, wenn die Rente nicht reicht. Die Broschüre kann kostenfrei bestellt werden bei

BAGSO e.V.
Bonngasse 10, 53111 Bonn
Fax: 0228 24999320

Nachruf auf Claus Juhnke



Die Liberalen Senioren NRW trauern um ihren Gründungs- und Ehrenvorsitzenden Claus Juhnke, der am 9. Januar 2015 im Alter von 70 Jahren in Ludwigsburg verstorben ist. Claus Juhnke wurde 1944 in Bremen geboren und war seit 1977 FDP-Mitglied.

Auf seine Initiative hin wurde der Landesverband NRW der Liberalen Senioren 2001 einige Monate vor dem Bundesverband gegründet. Claus Juhnke verstand zu begeistern, zu motivieren und zu initiieren. 2003 verließ er zu unserem Bedauern NRW. Beim zehnjährigen Jubiläum der Liberalen Senioren NRW stellte er sich vergnügt und engagiert den Fragen von Bonner Abiturienten zum Thema Älterwerden. Die Liberalen Senioren werden ihn nicht vergessen.

Bitte Termin vormerken

Unsere diesjährige Mitgliederversammlung findet am **27. Juni 2015** im **Hotel Mercure Central** im Herzen von **Dortmund** statt. Wir hoffen, dass wir in der ‚Hauptstadt der Innovation‘ mit ihrem großen Technologiepark eine interessante und lebendige Sitzung erleben werden. Wir bitten um rege Teilnahme und freuen uns über Anregungen. Die Einladungen gehen allen Mitgliedern termingerecht zu.

Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW

Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.

Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950 · Email: info@liberale-senioren-nrw.de

www.liberale-senioren-nrw.de

Erscheinungsweise: unregelmäßig, ca. 4 mal im Jahr

Redaktion: Arno Brodowski, Rheinild Sachtleben, Peter Schröder, Volkmar Schrimpf

Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.